



vorab per E-Mail: [REDACTED]

Bundesnetzagentur | Postfach 80 01 | 53105 Bonn

Per PZU

Amprion GmbH

[REDACTED]
Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
N-CN/Gei
28.11.2023

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.02/23-022 (Bexbach)
4.14.03.02/23-023 (Weiher)

☎ 0228
14-[REDACTED]
oder 14-0

Bonn
28.02.2024

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung der Anlagen Bexbach Block A (SEE954971534470) und Weiher 3 (SEE906326984744)

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

Amprion GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Robert-Schuman-Str. 7, 44263
Dortmund

- Antragstellerin -

unter Beteiligung der

STEAG GmbH, vertreten durch den Vorstand, Rüttenscheider Str. 1-3, 45128 Essen

- Beteiligte-

Verfahrensbevollmächtigte: [REDACTED]
[REDACTED]

wegen

der Anträge auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlagen Bexbach Block A (SEE954971534470) und Weiher 3 (SEE906326984744) hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 28. Februar 2024 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin vom 28.11.2023 auf Genehmigung der Ausweisung der Anlage Bexbach Block A als systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 EnWG ab dem 01.04.2025 bis zum 31.03.2031 wird genehmigt.
2. Der Antrag der Antragstellerin vom 28.11.2023 auf Genehmigung der Ausweisung der Anlage Weiher 3 als systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 EnWG ab dem 01.04.2025 bis zum 31.03.2031 wird genehmigt.

Gründe:

I.

Die Beteiligte betreibt die in der Netzreserve gebundenen Anlagen Bexbach Block A (im Folgenden „Bexbach“) und Weiher 3 (im Folgenden „Weiher“). Im Anschluss an die Anzeige der Beteiligten vom 02.02.2021 über die geplante endgültige Stilllegung, wies die Antragstellerin die Systemrelevanz beider Anlagen bis zum 31.03.2025 aus. Die Bundesnetzagentur genehmigte die jeweilige Systemrelevanzausweisung der Antragstellerin mit Bescheiden vom 28.04.2021. Mit Schreiben vom 28.11.2023, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 01.12.2023, teilte die Antragstellerin mit, im Hinblick auf die Verbesserung der Planungssicherheit für die Beteiligte, erneut die Systemrelevanz von Bexbach und Weiher ausgewiesen zu haben, nunmehr bis zum 31.03.2031 und stellte die Anträge, diese Ausweisungen zu genehmigen. Zur Begründung stützte sich die Antragstellerin auf die Ergebnisse der Langfristanalyse der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) aus dem Jahr 2023 für das Betrachtungsjahr vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031.

Die Bundesnetzagentur hat auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG eingeleitet.

Die Beteiligte wurde zu der beabsichtigten Entscheidung mit Nachricht vom 19.12.2023 angehört und nahm ihrerseits mit Schreiben vom 19.01.2024 Stellung zum Verfahren.

Sie ist der Auffassung, dass beide Anlagen nicht mehr als systemrelevant ausgewiesen und von der Bundesnetzagentur genehmigt werden dürfen.

Insbesondere vereitelten die erneuten Systemrelevanzausweisungen die Errichtung jeweils eines neuen Gaskraftwerks an den Standorten Bexbach und Weiher durch die Iqony GmbH, die Schwestergesellschaft der Beteiligten. So reiche in Bexbach die Kapazität des Netzverknüpfungspunkts zum 380 kV - Netz der Antragstellerin nicht aus, um die Leistung des Netzreserveblocks und eines neu errichteten Gaskraftwerks, soweit diese gleichzeitig unter Vollast betrieben werden, aufzunehmen. Am Standort Weiher ließe sich für die Dauer der Systemrelevanz kein neues Gaskraftwerk an das Netz der Antragstellerin anschließen, da der Standort nur über einen Netzverknüpfungspunkt zum 220 kV - Netz verfüge, welcher durch das Netzreservekraftwerk belegt sei. Ein neuer Netzverknüpfungspunkt zum 380 kV Netz sei zwar geplant, die Ertüchtigung des Netzes werde jedoch voraussichtlich erst 2030/2031 abgeschlossen sein.

Darüber hinaus werde die Entwicklung beider Standorte durch den Weiterbetrieb der Netzreserveblöcke deutlich beeinträchtigt, da etwa Flächen für eventuell zu errichtende Großbatteriespeicher und H₂-Elektrolyseure nicht nutzbar seien.

Der Weiterbetrieb der alten Steinkohleblöcke in Weiher und Bexbach bedeute zudem, dass die Erteilung der erforderlichen wasserrechtlichen und immissionschutzrechtlichen Genehmigungen für die Errichtung je eines neuen Gaskraftwerks signifikant erschwert, wenn nicht sogar vollständig verhindert würden. Die Umwelteinwirkungen durch Lärm- und Luftemissionen sowie die Wassereinleitungen, die der Weiterbetrieb der alten Steinkohleblöcke verursache, könnten dazu führen, dass eine Neuanlage nicht mehr genehmigungsfähig sei, wenn ihr Betrieb die am Standort zulässigen Grenzwerte überschreite.

Bezüglich der Netzreserveanlage Weiher weist die Beteiligte darauf hin, dass derzeit unsicher sei, ob die wasserrechtliche Einleiterlaubnis über das Jahr 2027 verlängert werden könne. Es müsse damit gerechnet werden, dass für Weiher eine rechtliche Unmöglichkeit vorliege, da ohne eine Verlängerung der wasserrechtlichen Einleiterlaubnis kein Weiterbetrieb erfolgen dürfe.

Weiter erklärt die Beteiligte, dass an den Standorten Bexbach und Weiher Personalmangel bestehe und zum jetzigen Zeitpunkt höchst unsicher sei, wie lange die beiden Netzreserveanlagen tatsächlich weiterbetrieben werden könnten. Diese Unsicherheit könne nur beseitigt werden, sofern die Netzreserveanlagen der Beteiligten am Standort Völklingen-Fenne, Modellkraftwerk Völklingen sowie Heizkraftwerk Völklingen, zeitnah stillgelegt und das dortige Personal an die Standorte Bexbach und Weiher überführt würde.

Im Übrigen sei die Rechtsauffassung unzutreffend, dass auch im Regime der endgültigen Silllegung eine wiederholte Ausweisung der Systemrelevanz und eine Genehmigung derselben möglich seien. Die hier erfolgte zweite Ausweisung der Systemrelevanz durch die Antragstellerin im

Regime der endgültigen Stilllegung sei bereits rechtswidrig. Dies gelte auch für die im vorliegenden Verfahren begehrte Genehmigungsentscheidung.

Die Beteiligte trägt hilfsweise vor, dass die beantragten Genehmigungen der Systemrelevanzausweisungen jedenfalls jeweils unter die auflösende Bedingung zu stellen sei, dass an den Standorten Bexbach, Weiher oder an einem anderen Standort im Saarland die Genehmigung für den Betrieb eines neuen Gaskraftwerks erteilt werde. Wenn die Genehmigung der Systemrelevanz nicht unter eine auflösende Bedingung gestellt werde, müsse zumindest ein Widerrufsvorbehalt aufgenommen werden, damit die Möglichkeit einer Entwicklung der Standorte Bexbach bzw. Weiher nicht vollständig ausgeschlossen werde.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Den Anträgen auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlagen Bexbach und Weiher bis zum 31.03.2031 wird stattgegeben. Die zulässigen Anträge sind begründet, da die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 13b Abs. 2 Satz 2 und Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 EnWG vorliegen.

Die Kraftwerksblöcke Bexbach und Weiher sind systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, denn ihre Stilllegung würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen und diese Gefährdung oder Störung könnte nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden.

1.

Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegungen ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlagen in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind. Dies stellt eine Gefährdung der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV dar. Diesbezüglich hat die Antragstellerin dargelegt, dass die Anlagen zur Behebung von Netzengpässen durch strombedingte Redispatch-Einsätze benötigt werden, da ohne deren Verfügbarkeit zum strombedingten Redispatch die Systemsicherheit nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann.

Nach der Rechtsprechung des OLG Düsseldorf ist eine Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems gegeben, wenn die jeweilige Anlage in der bedarfsdimensionierenden Stunde (sog. Grenzsituation) der maßgeblichen Systemanalyse der

ÜNB zum Redispatch herangezogen wird (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, Az.: 3 Kart 117/17 (V) Rn. 73 f.).

Vorliegend konnte die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung von Bexbach und Weiher auf die Redispatch-Berechnung der im Jahr 2023 veröffentlichten Langfristanalyse der ÜNB für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 stützen¹. Aus den Berechnungen geht hervor, dass die genannten Anlagen in der bedarfsdimensionierenden Stunde in beiden Netzausbauszenarien der entsprechenden Untersuchung zum strombedingten Redispatch eingesetzt werden.

In der Langfristanalyse erfolgt für zwei Netzausbauvarianten die Identifizierung der Kraftwerke, die im Inland zur Deckung des Netzreservebedarfs von den ÜNB benötigt werden. Eine Variante unterstellt für das Jahr 2031 einen Netzausbauzustand, der von einem deutlichen Netzausbaufortschritt bis zum Jahr 2031 ausgeht („Netzausbauvariante A: progressiver Fortschritt des Netzausbaus“). In dem zweiten Szenario wird dahingehend für das Jahr 2031 ein Netzausbauzustand angenommen, der auf realistischen Planungen basiert („Netzausbauvariante B: konservativer Netzausbauzustand“).

Die in der Langfristanalyse verwendete Methodik entspricht der Methode der Systemanalyse der ÜNB gemäß § 3 NetzResV, d.h. die Eingangsparameter für diese Untersuchung sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 5 NetzResV zuvor von der Bundesnetzagentur geprüft und freigegeben worden.

Die Antragstellerin begründet die Systemrelevanz der Anlagen Bexbach und Weiher damit, dass diese in beiden Grenzsituationen des Betrachtungszeitraums vom 01.04.2030 bis zum 31.03.2031 zum Redispatch eingesetzt werden. In Netzausbauvariante A handelt es sich hierbei um die Stunde 249, in Netzausbauvariante B ist dies die Stunde 273² des Betrachtungszeitraums.

Neben der Prüfung der Eingangsparameter der Langfristanalyse hat die Prüfung der dort vorgenommenen Markt- und Netzberechnungen der ÜNB ergeben, dass die Angaben der Antragstellerin über die Anforderungen der Anlagen zum strombedingten Redispatch zutreffen. Aus den Daten, die die Bundesnetzagentur von den ÜNB erhalten hat, geht hervor, dass das von den ÜNB verwendete Berechnungsprogramm als Ergebnis der Berechnung, welche Erzeugungsanlagen zum Redispatch heranzuziehen sind, den Einsatz von Bexbach und Weiher in der Grenzsituation beider Netzausbauvarianten als notwendig ausgibt.

¹ Die entsprechenden Unterlagen sind abrufbar unter: <https://www.netztransparenz.de/Weitere-Veroeffentlichungen/Studie-zum-beschleunigten-Kohleausstieg-bis-2030>

² aaO, vgl. Teilpaket 2 zur Langfristanalyse 2030 (exemplarische quantitative Netzanalyse), insbesondere Seite 147 und 148.

2.

Zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass der Wegfall der Erzeugungsleistung von Bexbach und Weiher infolge der geplanten endgültigen Stilllegung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden.

3.

Die Bundesnetzagentur wird keine Maßnahmen ergreifen, die darauf gerichtet sind, die Realisierung von Kraftwerksneubauten mit vergleichbarer Netto-Nennleistung und mit emissionsärmerer Technologie zu erschweren. Vielmehr wird die Bundesnetzagentur die Realisierung derartiger Vorhaben konstruktiv begleiten. Die Errichtung und der Betrieb neuer

Erzeugungsanlagen bedeutet einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Neue Anlagen, die an den Strommärkten eingesetzt werden, vergrößern gleichfalls das Redispatchpotential im Sinne des § 13a EnWG und stellen somit einen wesentlichen Baustein für die Gewährleistung der Netzsicherheit dar, auch vor dem Hintergrund, dass die Vorhaltung von ausreichend Redispatchpotential bis auf weiteres erforderlich sein wird.

Vor diesem Hintergrund greift der Einwand der Beteiligten nicht durch, dass aufgrund der erneuten Systemrelevanzausweisungen die Errichtung jeweils eines neuen Gaskraftwerks an den Standorten Bexbach und Weiher, etwa durch die Iqony GmbH, vereitelt werde. Da eine neue Anlage an den Standorten jeweils die alte Steinkohleanlage ersetzen würde, entstünde auch keine Konkurrenz zwischen den alten Netzreserveanlagen und möglichen Kraftwerksneubauten im Hinblick auf die Nutzung der begrenzten Anschlusskapazität der bestehenden Netzverknüpfungspunkte zum Netz der Antragstellerin.

Aus denselben Gründen ist die Befürchtung der Beteiligten unbegründet, dass aufgrund des Weiterbetriebs der Anlagen Weiher und Bexbach die Erteilung der erforderlichen wasserrechtlichen und immissionschutzrechtlichen Genehmigungen für die Errichtung eines neuen Gaskraftwerks wegen der Überschreitung von Grenzwerten versagt werden könnte.

4.

Aus der Verpflichtung der Beteiligten zur Betriebsbereitschaftshaltung der Netzreserveanlagen gemäß § 13b Abs. 5 Satz 11, Abs. 4 EnWG ergibt sich, dass diese rechtzeitig alle erforderlichen Maßnahmen treffen muss, um die für den Betrieb der Netzreserveanlage erforderlichen Genehmigungen einzuholen. Hierzu gehört insbesondere die Erteilung bzw. Verlängerung der von der Beteiligten erwähnten wasserrechtlichen Genehmigung für die Einleitung von Wasser durch den Betrieb von Weiher.

5.

Soweit die Beteiligte vorträgt, dass an den Standorten Bexbach und Weiher Personalmangel bestehe und zum jetzigen Zeitpunkt höchst unsicher sei, wie lange die beiden Netzreserveanlagen tatsächlich weiterbetrieben werden können, ist darauf hinzuweisen, dass sich aus der Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftshaltung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 11, Abs. 4 EnWG für die Beteiligte ergibt, dass für den Anlagenbetrieb erforderliche Personal zu beschaffen. Hierbei handelt es sich um eine dauerhafte Verpflichtung, die sich auf den gesamten Genehmigungszeitraum erstreckt. Auch nach erfolglosen Versuchen der Personalgewinnung ist ein Betreiber verpflichtet, die Rekrutierung und Qualifizierung neuer Arbeitskräfte fortzusetzen. Hierzu ist die Beteiligte aufgrund des aktuell wirksamen Genehmigungsbescheids weiterhin verpflichtet.

6.

Abzulehnen ist die Ansicht der Beteiligten, dass im Hinblick auf die Untersagung einer geplanten endgültigen Stilllegung im Sinne des § 13b Abs. 5 EnWG die Systemrelevanzausweisung eines Kraftwerks und eine hieran anschließende Genehmigungsentscheidung nur einmalig zulässig sei, mit der Folge, dass die hier in Rede stehenden erneuten Systemrelevanzausweisungen der Antragstellerin zur Verlängerung der Stilllegungsverbote von Bexbach und Weiher rechtswidrig sei und nicht genehmigt werden dürfe. Bei dieser Betrachtung würde das Interesse des Kraftwerksbetreibers an der Stilllegung seiner Anlage höher bewertet werden, als das öffentliche Interesse an der Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Diese Wertung lässt sich § 13b Abs. 5 EnWG gerade nicht entnehmen. Der Gesetzgeber hat vielmehr in § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG deutlich gemacht, dass ein Kraftwerksbetreiber an der Stilllegung seiner Anlage solange gehindert ist, wie der Bedarf nachgewiesen werden kann, dass die Anlage zur Absicherung des Netzbetriebs erforderlich ist.

Die Frage nach der Rechtmäßigkeit einer erneuten Systemrelevanzausweisung und -genehmigung eines Kraftwerks im Zusammenhang mit der Regelung über eine geplante endgültige Stilllegung gemäß § 13b Abs. 5 EnWG war bereits Gegenstand von zwei Beschwerden der Beteiligten vor dem OLG Düsseldorf gegen die erstmaligen Genehmigungsbescheide der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Systemrelevanz von Bexbach und Weiher gemäß § 13b Abs. 5 EnWG (vgl. Az: VI-3 Kart 88 / 21 [V] sowie VI-3 Kart 89 / 21 [V]). Im Anschluss an die mündliche Verhandlung vor dem OLG Düsseldorf in den genannten Verfahren am 13. 09.2023 nahm die Beteiligte die Beschwerden zurück.

7.

Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG die Bundesnetzagentur den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen hat, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.

8.

Die hilfsweise vorgetragene Forderung der Beteiligten, die Genehmigungsentscheidung jeweils unter einer auflösenden Bedingung oder dem Vorbehalt eines Widerrufs zu erteilen, wird nicht gefolgt. Sollte die Beteiligte konkret darlegen, dass die nunmehr bis zum 31.03.2031 geltenden Stilllegungsverbote von Bexbach und Weiher die Investition in eine neue gasbefeuerte Anlage an einem Standort vereiteln, ist zu gegebenem Zeitpunkt mittels der der Behörde eingeräumten verwaltungsrechtlichen Handlungsinstrumente zu entscheiden. Die Bundesnetzagentur betrachtet insoweit die vorhandenen verwaltungsverfahrenrechtlichen Handlungsinstrumente als ausreichend. Anhaltspunkte, dass insofern durch einen Widerrufsvorbehalt dem Entstehen eines Vertrauenstatbestands Dritter vorgebeugt werden müsste, sieht die Bundesnetzagentur nicht.

9.

Die Beteiligte erhält eine Abschrift des Bescheids.

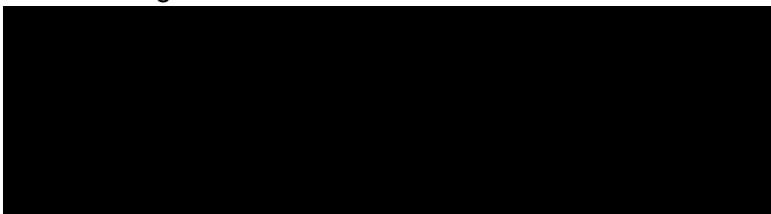
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf), einzureichen.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Im Auftrag



(Referat 626 - Versorgungssicherheit Strom)